

# **Verfahrenshinweise zum Verhandlungsverfahren mit europaweitem Teilnahmewettbewerb**

## **Neubau Feuerwehr Stadt Gütersloh - Generalplanung**

---

### **Inhalt**

1.	Einleitung.....	3
2.	Projektübersicht und ausgeschriebene Leistungen .....	4
2.1	Projektübersicht .....	4
2.2	Leistungsumfang.....	5
2.3	Stufenweise Beauftragung .....	6
3.	Zeitplan.....	6
4.	Vergabeunterlagen.....	7
5.	Entschädigung .....	7
6.	Beschreibung des Leistungsumfanges.....	7
7.	Generalplanervertrag .....	8
8.	Geltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW.....	9
9.	Fragen Hinweise und Auskünfte.....	9
10.	Bewerbergemeinschaften – gesamtschuldnerische Haftung.....	9
11.	Andere Unternehmen / Eignungsleihe.....	10
12.	Detaillierte Darstellung der Durchführung des Teilnahmewettbewerbs.....	11
12.1	Formale Vorgaben für die Teilnahmeanträge .....	11
12.2	Prüfung auf Vollständigkeit der Teilnahmeanträge und Einhaltung der Teilnahmefrist .....	11
12.3	Prüfung auf Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber .....	11
12.4	Persönliche Lage des Bewerbers/Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und oder Handelsregister .....	17
12.5	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.....	17

12.6	Präqualifizierung.....	17
12.7	Erklärung zu Russland-Bezug.....	18
12.8	Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter .....	18
12.9	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	20
13.	Ausblick auf das Verhandlungsverfahren .....	20
13.1	Formale Vorgaben Angebotsabgabe .....	20
13.2	Erläuterung Vertrag .....	20
13.3	Bindefrist .....	21
13.4	Bewertung der Angebote .....	21
14.	Nachprüfungsverfahren / Rechtsbehelfsverfahren.....	22

## 1. Einleitung

Diese Verfahrenshinweise enthalten ergänzende Informationen zum Vergabeverfahren gemäß der Vergabebekanntmachung im Amtsblatt S der Europäischen Union. Ergänzend gelten die Hinweise Einreichung Teilnahmeanträge/Angebote (Anlage C4). Der Auftraggeber schreibt die Leistungen europaweit im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (§ 17 Abs. 1 VgV) aus.

Das Verhandlungsverfahren wird ausgeschrieben durch:

**Stadt Gütersloh  
Berliner Straße 70  
33330 Gütersloh**

Die Stadt Gütersloh plant auf dem Areal der bestehenden Feuerwache an der Friedrich-Ebert-Straße den Neubau eines Feuerwehrgebäudes für die Freiwillige Feuerwehr Gütersloh einschließlich der hierfür erforderlichen Rückbau-, Umbau-, Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen.

Die Planung und Umsetzung erfolgen unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen des laufenden Feuerwehrbetriebes sowie der funktionalen und technischen Bestandssituation am Standort.

Auftraggeberin des abzuschließenden Generalplanervertrages wird die Stadt Gütersloh sein.

Das Vergabeverfahren wird in folgenden Abschnitten durchgeführt:

### Teilnahmewettbewerb

Beim Teilnahmewettbewerb fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich auf, Teilnahmeanträge abzugeben. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Unternehmen innerhalb der Teilnahmefrist dem Auftraggeber die geforderten Informationen zur Prüfung der Eignung zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen. Der Auftraggeber begrenzt die Anzahl der Bewerber, die an den sich anschließenden Verfahrensschritten teilnehmen, gemäß § 51 VgV auf maximal fünf. Die Einzelheiten zur Auswahl der Bewerber sind Ziffer 12.3 bis 12.7 sowie 12.8 dieser Bewerberinformation zu entnehmen.

### Verhandlungsverfahren

Das sich anschließende Verhandlungsverfahren verläuft in mehreren Phasen.

In der ersten Phase fordert der Auftraggeber zur Abgabe eines ersten Angebotes auf. Mit dem ersten Angebot übermitteln die Bieter innerhalb der Angebotsfrist die vom Auftraggeber geforderten Unterlagen.

In der zweiten Phase verhandelt der Auftraggeber mit allen zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern, die in formeller Hinsicht wertbare Angebote abgegeben haben, über die Erstangebote und (sofern erforderlich) alle Folgeangebote.

In der dritten Phase unterrichtet der Auftraggeber die verbleibenden Bieter über die Absicht, die Verhandlungen abzuschließen und legt eine Frist für die Einreichung der endgültigen Angebote fest. Die Bieter übermitteln ihre Angebote innerhalb der festgelegten Frist.

Der Auftraggeber entscheidet auf der Grundlage der Zuschlagskriterien (Einzelheiten sind Ziffer 13.4 dieser Bewerberinformation zu entnehmen), welches der verbliebenen wertbaren endgültigen Angebote er bezuschlagt.

Hinsichtlich der geplanten Termine (u.a. Teilnahmefrist, Angebotsfrist etc.) wird auf Ziffer 3 dieser Bewerberinformation verwiesen, bzgl. der Bindefrist der Angebote wird auf Ziffer 13.3 verwiesen.

## **2. Projektübersicht und ausgeschriebene Leistungen**

### **2.1 Projektübersicht**

Die Stadt Gütersloh plant auf dem Areal der bestehenden Feuerwache an der Friedrich-Ebert-Straße den Neubau eines Feuerwehrgebäudes für die Freiwillige Feuerwehr Gütersloh einschließlich der hierfür erforderlichen Rückbau-, Umbau-, Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen.

Nach Zuschlagserteilung sind die vorhandenen Projektgrundlagen, Bedarfsannahmen sowie funktionalen und technischen Anforderungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber, dem Fachbereich 65 – Gebäudemanagement, der Feuerwehr sowie den weiteren Projektbeteiligten zu überprüfen, zu konkretisieren und in eine abgestimmte Gesamtplanung zu überführen.

Die Planung ist dabei über alle Fachdisziplinen hinweg integrativ zu entwickeln und fortlaufend zu koordinieren.

Im Rahmen der ersten Auftragsstufe sind die vorhandenen Projektgrundlagen, Bedarfsannahmen sowie funktionalen, technischen und betrieblichen Anforderungen zu überprüfen, zu konkretisieren und in eine abgestimmte Gesamtplanung zu überführen.

Die Planung ist dabei unter Berücksichtigung der Anforderungen des laufenden Feuerwehrbetriebes, der technischen und funktionalen Projektqualitäten, der Wirtschaftlichkeit sowie der terminlichen Rahmenbedingungen integrativ zu entwickeln und fortlaufend zwischen den Fachdisziplinen zu koordinieren.

Besondere Bedeutung kommt hierbei Folgendem zu:

- der Sicherstellung der Betriebs- und Einsatzfähigkeit,
- der wirtschaftlichen und nachhaltigen Umsetzung,
- der technischen und funktionalen Qualität,
- sowie der strukturierten Kosten- und Terminsteuerung.

Der Auftraggeber geht von folgendem Kostenrahmen für das Projekt aus:

### Kostenrahmen

		Baukosten, geschätzt
KG 200	Herrichten	700.700 €
KG 300	Baukonstruktion	5.165.800 €
KG 400	TGA	2.336.100 €
KG 500	Außenanlagen	1.234.070 €
<b>Summe, netto</b>		<b>9.336.670 €</b>

In dieser Aufstellung nicht erfasst sind Kosten, die aus den Anforderungen an die Realisierung des Projektes unter dem laufenden Betrieb der Feuerwehr resultieren (siehe z.B. Abschnitte 1.3.5 und 1.12.3 der Leistungsbeschreibung - Anlage B1).

## 2.2 Leistungsumfang

Die ausgeschriebenen Leistungen beziehen sich auf Leistungen der Generalplanung.

Leistungsbilder sind Teil der beauftragten Leistungen:

- Objektplanung Gebäude und Innenräume
- Objektplanung Freianlagen einschließlich Erschließungs-, Verkehrs- und Entwässerungsplanung
- Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1 bis 8
- Tragwerksplanung
- Brandschutz (AHO Heft Nr. 17)
- Bauphysik (Wärmeschutz und Energiebilanzierung, Bauakustik, Raumakustik)
- nutzungsspezifische Fach- und Werkstattplanungen

- Barrierefreies Bauen (AHO Heft Nr. 40)

Den Umfang der ausgeschriebenen Leistungen entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung (Anlage B1).

### 2.3 Stufenweise Beauftragung

Die Leistungen werden stufenweise vergeben. Es werden mit dem Zuschlag zunächst nur die Leistungen der **Auftragsstufe 1** beauftragt. Die erste Auftragsstufe dient insbesondere der Überprüfung, Konkretisierung und integralen Abstimmung der vorhandenen Projektgrundlagen, Bedarfsannahmen sowie funktionalen, technischen und betrieblichen Anforderungen des Projektes. Trotzdem sind auch die weiteren Leistungen durch die Bieter anzubieten. Der Auftraggeber entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt über die Beauftragung der weiteren Leistungsstufen. Ein Anspruch auf Beauftragung weiterer Leistungen besteht nicht.

In der Auftragsstufe 1 werden die Bau- und Planungsunterlagen bis zur Stellung des Antrags auf Erteilung einer Baugenehmigung erstellt (LPh 1 bis 4 nach HOAI). Die Auftragsstufe 1 soll im Dezember 2026 beginnen und bis August 2027 fertiggestellt sein. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung liegen bereits projektbezogene Grundlagen, Voruntersuchungen und Bedarfsannahmen vor. Eine abgestimmte Planung im Sinne der HOAI wurde jedoch noch nicht erstellt.

Die Auftragsstufe 2 umfasst die weiteren Planungsleistungen bis zur Fertigstellung des Bauvorhabens. Die konkrete Zuordnung einzelner Leistungsbestandteile sowie projektbezogener Besonderer Leistungen erfolgt im Rahmen der weiteren Vertragsgestaltung und der jeweiligen Beauftragungsentscheidung des Auftraggebers.

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Leistungen sowie projektbezogene Besondere Leistungen stufenweise und optional zu beauftragen (siehe Abschnitt 2.8 der Leistungsbeschreibung - Anlage B1). Ein Anspruch auf Beauftragung weiterer Leistungen besteht nicht.

### 3. Zeitplan

Die nachfolgend genannten Zeitangaben zur Abwicklung des Vergabeverfahrens dienen lediglich dazu, den Bewerbern die Abschätzung des Zeitbedarfs und die Kapazitätsplanung zu erleichtern. Sie sind unverbindlich. Ansprüche aufgrund eines geänderten Zeitplanes können daraus nicht abgeleitet werden. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, die Termine in den Vergabeunterlagen und/oder im Rahmen der Verhandlungen, soweit rechtlich zulässig, noch anzupassen.

Bekanntmachung Teilnahmewettbewerb	10.06.2026
Ende Frist für zusätzliche Informationen	30.06.2026
Fristablauf Teilnahmeanträge	10.07.2026, 24:00 Uhr

4.	Aufforderung zur Abgabe der ersten Angebote	27.07.2026 (geplant)
	Fristablauf Erstangebote	08.09.2026, 12:00 Uhr (geplant)
	Verhandlungen	41. KW 2026 (geplant)
	Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote	14.10.2026 (geplant)
	Fristablauf finale Angebote	30.10.2026, 12:00 Uhr (geplant)
	Information gemäß § 134 GWB	13.11.2026 (geplant)
	Zuschlagsschreiben	23./24.11.2026 (geplant)
	Bindefrist	30.12.2026

### **Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen werden über das Vergabeportal DTVP abrufbar sein unter:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0WMK4D>

In den Vergabeunterlagen ist in dem Dokument „Anfrage Teilnahmewettbewerb“ (Formular 311 EU) eine Liste der Anlagen („Checkliste Vergabeunterlagen“) enthalten. Hier sind neben dem Dokument selbst alle weiteren Unterlagen aufgelistet, die den Bewerbern im Teilnahmeantrag zur Verfügung gestellt werden. Der Bewerber hat den Inhalt dieses Dokumentes und der darin vorgesehenen Unterlagen zu prüfen und das Fehlen von Unterlagen der Vergabestelle über den Kommunikationsbereich des Vergabeportals mitzuteilen.

## **5. Entschädigung**

Für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten wird keine Entschädigung gezahlt.

## **6. Beschreibung des Leistungsumfanges**

Den Umfang der geforderten Leistungen der Generalplanung entnehmen Sie bitte der (Leistungsbeschreibung - Anlage B1).

Die Leistungen umfassen insbesondere die integrale Planung und Koordination sämtlicher Objekt- und Fachplanungen unter Berücksichtigung der funktionalen, technischen und betrieblichen Anforderungen des laufenden Feuerwehrbetriebes sowie der besonderen Anforderungen der Bestandssituation und der technischen Infrastruktur am Standort.

## 7. Generalplanervertrag

Mit dem Zuschlag kommt ein Vertrag zwischen dem Bieter, der den Zuschlag erhält, und dem Auftraggeber zustande. Der Auftragnehmer wird anschließend gemäß § 1 Abs. 1 Verpflichtungsgesetz auf die gewissenhafte Erfüllung der Obliegenheiten verpflichtet und auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen.

Art und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, einschließlich des Generalplanervertrages, der Leistungsbeschreibung sowie aus dem hierauf abgegebenen verbindlichen und letzten Angebot des Auftragnehmers. Der Vertrag wird in einem fortgeschrittenen Entwurfsstand vom Auftraggeber mit den Vergabeunterlagen an die Bewerber versandt werden, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

In Anbetracht der Bedeutung und Auswirkung der vertraglichen Regelungen werden weite Teile des Vertragsentwurfes Gegenstand der Verhandlungen und somit verhandelbar sein.

Die wesentlichen beabsichtigen Regelungen stellt der Auftraggeber nachstehend wie folgt dar:

Bei dem Generalplanervertrag wird es sich um einen Vertrag gemäß der HOAI 2021 (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) bzw. AHO handeln. Der Generalplanervertrag wird Regelungen zu den Projektzielen und den Vertragsgrundlagen beinhalten.

Im Vertrag werden die Leistungen des Auftragnehmers sowie dessen allgemeine Pflichten, die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit den übrigen Projektbeteiligten sowie die Pflichten des Auftragnehmers hinsichtlich des Einsatzes des für das Projekt vorgesehenen Projektteams beschrieben.

Hierzu zählen insbesondere die Koordination der Objekt- und Fachplanungen, die Abstimmung mit dem Fachbereich 65 – Gebäudemanagement der Stadt Gütersloh, der Feuerwehr sowie weiteren Nutzer- und Projektbeteiligten sowie die Berücksichtigung der Anforderungen des laufenden Feuerwehrbetriebes.

Der Auftragnehmer hat während der Planungs- und Bauphase eine angemessene personelle Präsenz und kontinuierliche Projektbearbeitung sicherzustellen.

Eine Übertragbarkeit von Rechten und Pflichten aus dem Vertrag auf Dritte ohne Zustimmung des Auftraggebers wird ausgeschlossen sein.

Der Vertrag wird Regelungen zum Honorar des Auftragnehmers und zur Fälligkeit von Abschlagszahlungen beinhalten.

Es wird eine förmliche Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers nach vollständiger Erfüllung des Vertrages vorgesehen sein. Teilabnahmen sollen ausgeschlossen sein.

Der Auftragnehmer wird verpflichtet werden, eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen pro Versicherungsfall von mind. 5.000.000 € für Personenschäden und mind. 3.000.000 € für Sach- und Vermögensschäden abzuschließen und während der Vertragserfüllung aufrecht



zu erhalten. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen (2 Versicherungsfälle pro Jahr).

Der Vertrag wird die Voraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung durch den Auftraggeber aus wichtigem Grund, urheberrechtliche Fragen sowie Datenschutzaspekte regeln.

### **8. Geltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW**

Für das vorliegende Vergabeverfahren gilt das TVgG NRW.

### **9. Fragen Hinweise und Auskünfte**

Enthalten die Bekanntmachung und / oder die weiteren Vergabeunterlagen einschließlich dieser Bewerberinformation nach Auffassung der Bewerber Unklarheiten oder Widersprüche, die die Teilnahmeanträge beeinflussen könnten, so haben die Bewerber den Auftraggeber umgehend darauf hinzuweisen.

Hinweise und Fragen haben die Bewerber ausschließlich über das Nachrichtenmodul der Vergabeplattform zu stellen.

Auskünfte werden erteilt von:

**BRANDI Rechtsanwälte Partnerschaft mbB**

**über das Vergabeportal DTVP**

Die Fragen der Bewerber werden ausschließlich über das Nachrichtenmodul des Vergabeportals beantwortet. Bitte beachten Sie die in dem Dokument „Anfrage Teilnahmewettbewerb“ angegebene Fristen.

**ACHTUNG: Bitte geben Sie die Teilnahmeanträge im Vergabeportal nicht über das Nachrichtenmodul ab!**

### **10. Bewerbergemeinschaften – gesamtschuldnerische Haftung**

Mehrere Unternehmen können sich grundsätzlich zu einer Bewerbergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung "Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung" (Formular 531 EU, Anlage A3) einreichen. Wird eine Bewerbergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.

Die Bewerber-/Bietergemeinschaft ist nach Zuschlagserteilung in eine Projektgesellschaft in Form einer GbR, in der alle Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften, zu überführen. Der Name

der zu gründenden GbR ist mit Abgabe des Teilnahmeantrages zu benennen. Der GbR wird im Falle eines Zuschlages die Vertragserfüllung übertragen.

Mit Abgabe des Teilnahmeantrages sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft / Gesellschafter der künftigen GbR und der für die Durchführung des Vertrages sowie die rechtsverbindliche Vertretung aller Gesellschafter gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigte Vertreter der GbR zu benennen. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder/Gesellschafter der Bewerbergemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag zu bestätigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft unzulässig sind und in der Regel zur Nichtberücksichtigung aller betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen.

### **11. Andere Unternehmen / Eignungsleihe**

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft kann für bestimmte Leistungen andere Unternehmen benennen. Dies kann gem. § 36 VgV durch die Benennung von Nachunternehmern erfolgen, an die Unteraufträge erteilt werden sollen. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen (Formular 532 EU, Anlage A4).

Des Weiteren hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft die Möglichkeit, im Rahmen der Eignungsleihe gem. § 47 VgV ein anderes Unternehmen für die Erfüllung der Anforderungen an die wirtschaftliche / finanzielle oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zu benennen (Formular 533 EU, Anlage A5). Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben. Entsprechende Verpflichtungserklärungen (Formular 533 EU, Anlage A5) dieser Unternehmen sind bei der Eignungsleihe dem Teilnahmeantrag, bei der Unterauftragsvergabe auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der Bewerber und der Unternehmer, deren Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen will, mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften (Formular 533 EU).

Der Bewerber hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium (nur bei Eignungsleihe) nicht erfüllen, innerhalb

einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten hingegen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, behält sich die Vergabestelle vor, dass das Unternehmen durch den Bewerber/Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ersetzt wird.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 47 VgV verwiesen.

## **12. Detaillierte Darstellung der Durchführung des Teilnahmewettbewerbs**

### **12.1 Formale Vorgaben für die Teilnahmeanträge**

Der Auftraggeber hat das Vergabeverfahren mit einer EU Bekanntmachung eingeleitet, die im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist. Die dort enthaltenen Hinweise sind neben dieser Bewerberinformation und den als Anlage C4 beigefügten „Hinweise Einreichung Interessensbestätigungen/ Teilnahmeanträge/ Angebote“ für die Durchführung des Vergabeverfahrens und zwingend zu beachten.

Bei der Erstellung der Teilnahmeanträge ist das Antragsformular zu verwenden (**Anlage A1**) und mit den übrigen geforderten Nachweisen und Erklärungen bis zum

**10.07.2026, 12:00 Uhr**

elektronisch in Textform über die Vergabeplattform einzureichen.

Jeder Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache einzureichen.

Der Auftraggeber plant, die eingehenden Teilnahmeanträge in der 29./30. KW 2026 zu prüfen und die ausgewählten Bieter bis zum 27.07.2026 aufzufordern, ein erstes Angebot abzugeben.

### **12.2 Prüfung auf Vollständigkeit der Teilnahmeanträge und Einhaltung der Teilnahmefrist**

Voraussetzung für die Wertung der Teilnahmeanträge ist die vollständige und fristgerechte Einreichung des Teilnahmeantrags nebst Abgabe der geforderten Erklärungen. Diese Prüfung erfolgt vor der inhaltlichen Auswertung der Teilnahmeanträge. Unvollständige und / oder nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor fehlende Angaben/Unterlagen gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern.

### **12.3 Prüfung auf Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber**

Ebenfalls von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge von Bewerbern, welche die nachfolgenden, in der EU-Bekanntmachung vorgegebenen **Mindeststandards**, nicht erfüllen. Bei Vorliegen von Bewerbergemeinschaften bzw. bei Einsatz von Nachunternehmern sind die

Nachweise auch bzw. nur für das Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder den Nachunternehmer zu führen, welches bzw. welcher die Leistungen im Auftragsfall erbringen soll:

### 12.3.1 Befähigung zur Berufsausübung

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen und dies durch Eigenerklärungen belegen.

- 12.3.1.1** Die fachlichen Anforderungen sind erfüllt, wenn Bewerber gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die **Berufsbezeichnung Architekt/in** zu führen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt/in tätig zu werden. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Architekt wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22) entspricht.
- 12.3.1.2** Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn der/die mit der Aufgabe betraute Mitarbeiter/in die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden.
- 12.3.1.3** Bewerbergemeinschaften natürlicher und/oder juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Auf Anforderung des Auftraggebers sind die Angaben durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- 12.3.1.4** Mindestanforderung: Der/die Projektleiter/in und Bauleiter/in müssen mindestens über die Qualifikation "Dipl.-Ing." oder "Master" und Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren verfügen.

### 12.3.2 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen

Hinsichtlich der nachfolgend aufgeführten Referenzanforderungen ist mit der Fertigstellung bzw. dem Abschluss des Projektes jeweils die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

### **12.3.2.1 Referenz Objektplanung Feuerwehr-, Rettungsdienst- oder BOS-Gebäude**

#### **Mindestanforderung:**

Bewerber haben mit mindestens einer Referenz, bewertet werden höchstens drei Referenzen, nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (Abschluss ab Mai 2016) die Planungsleistungen der Leistungsbilder Objektplanung Gebäude und Innenräume, Objektplanung Freianlagen und Fachplanung Technische Ausrüstung (mind. Anlagengruppe 7) (mindestens für die Leistungsphasen 1 bis 8 gem. §§ 34, 39, 55 HOAI) eines Gebäudes für die Nutzung durch Feuerwehren, Rettungsdienste, BOS- oder vergleichbare sicherheitsrelevante Nutzungen durchgeführt haben, das mit Baukosten laut Kostenfeststellung in Höhe von mind. 10 Mio. Euro errichtet wurde (Vordruck 6 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1). Mit dem Abschluss des Projektes ist die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

Besonders berücksichtigt werden Erfahrungen mit:

- Projekten für Feuerwehren, Rettungsdienste, BOS- oder vergleichbare sicherheitsrelevante Nutzungen
- technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen
- Planungen im Bestand oder im laufenden Betrieb
- sowie Koordinationsleistungen im Rahmen komplexer Generalplanungsprojekte.

Bieter und Bietergemeinschaften haben die Möglichkeit, die geforderten Referenzen für unterschiedliche Leistungsbereiche (Ziff. 12.3.2.1 bis 12.3.2.5) in einem Referenzprojekt zusammenzufassen.

### **12.3.2.2 Referenz Fachplanung Tragwerksplanung**

#### **Mindestanforderung:**

Bewerber haben mit mindestens einer Referenz, bewertet werden höchstens drei Referenzen, nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (Abschluss ab Mai 2016) die Fachplanungsleistung der Tragwerksplanung gemäß Teil 4 §§ 49 ff. HOAI mindestens für die Leistungsphasen 1–7 gemäß Anlage 14 HOAI für ein Gebäude für die Nutzung durch Feuerwehren, Rettungsdienste, BOS- oder vergleichbare sicherheitsrelevante Nutzungen durchgeführt haben, das mit Baukosten laut Kostenfeststellung in Höhe von mind. 10 Mio. Euro errichtet wurde (Vordruck 7 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1). Mit dem Abschluss des Projektes ist die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

Besonders berücksichtigt werden Erfahrungen mit:

- Umbau-, Rückbau- oder Erweiterungsmaßnahmen im Bestand
- statischen Eingriffen in bestehende Tragstrukturen
- sowie technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen.

Bieter und Bietergemeinschaften haben die Möglichkeit, die geforderten Referenzen für drei unterschiedliche Leistungen (Ziff. 12.3.2.1 bis 12.3.2.5) in einem Referenzauftrag zusammenzufassen.

### **12.3.2.3 Referenz Fachplanung Technische Ausrüstung**

#### **Mindestanforderung:**

Bewerber haben mit mindestens einer Referenz, bewertet werden höchstens drei Referenzen, nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (Abschluss ab Mai 2016) die Fachplanungsleistung für die TGA gemäß Teil 4 "Technische Ausrüstung" (§§ 53 ff.) HOAI für die Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 15 HOAI, einschließlich der Planung der elektrischen Versorgung, der Anlagen der Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Kältetechnik sowie weiterer Anlagengruppen gem. § 53 Abs. 2 HOAI (z.B. der Abgasabsauganlage und Ladeerhaltung für Feuerwehrfahrzeuge als nutzungsspezifische Anlage im Sinne von Nr. 7) eines Gebäudes für die Nutzung durch Feuerwehren durchgeführt haben, das mit Baukosten laut Kostenfeststellung in Höhe von mind. 10 Mio. Euro errichtet wurde (Vordruck 8 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1). Mit dem Abschluss des Projektes ist die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

Besonders berücksichtigt werden Erfahrungen mit:

- technisch komplexen Gebäuden für Feuerwehren, Rettungsdienste, BOS- oder vergleichbare sicherheitsrelevante Nutzungen
- Planungen im Bestand oder im laufenden Betrieb
- abschnittswisen Umsetzungen oder Interimslösungen
- sicherheitsrelevanter technischer Infrastruktur
- Energieversorgungs-, Kommunikations- und Alarmierungssystemen
- sowie technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen.

Bieter und Bietergemeinschaften haben die Möglichkeit, die geforderten Referenzen für drei unterschiedliche Leistungen (Ziff. 12.3.2.1 bis 12.3.2.5) in einem Referenzauftrag zusammenzufassen.

#### **12.3.2.4 Referenz zu weiteren Fachplanungen**

**Mindestanforderung:**

Bewerber haben mit mindestens einer Referenz, bewertet werden höchstens drei Referenzen, nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (Abschluss ab Mai 2016) Erfahrungen mit der Koordination und Integration weiterer projektbezogener Fachplanungen im Rahmen komplexer Hochbauprojekte gesammelt haben (Vordruck 9 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1). Mit dem Abschluss des Projektes ist die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

Bewerber haben anhand der Referenz nachzuweisen, dass mindestens drei der nachfolgend genannten Fachdisziplinen in die Projektbearbeitung integriert und koordiniert wurden.

Hierzu zählen insbesondere:

- Bauphysik
- Brandschutzplanung
- Vermessungsleistungen
- Leistungen der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (SiGeKo)
- Schadstoff- und Rückbaukoordination
- sowie weitere projektbezogene Fachbeiträge und Nachweise.

Besonders berücksichtigt werden Erfahrungen mit:

- technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen
- Planungen im Bestand oder im laufenden Betrieb
- komplexen Genehmigungs- und Abstimmungsprozessen
- sowie der integralen Koordination unterschiedlicher Fachdisziplinen

Der Bewerber hat darzustellen, wie die Koordination und Integration der weiteren Fachplanungen innerhalb des Generalplanungsansatzes organisatorisch sichergestellt wird.

Bieter und Bietergemeinschaften haben die Möglichkeit, die geforderten Referenzen für drei unterschiedliche Leistungen (Ziff. 12.3.2.1 bis 12.3.2.5) in einem Referenzauftrag zusammenzufassen.

#### **12.3.2.5.Referenz: Vergabe und Objektüberwachung**

##### **Mindestanforderung:**

Bewerber haben mit mindestens einer Referenz, bewertet werden höchstens drei Referenzen, nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (Abschluss ab Mai 2016) Leistungen der Ausschreibung, Vergabe und Objektüberwachung für ein Gebäude für die Nutzung durch Feuerwehren, Rettungsdienste, BOS- oder vergleichbare sicherheitsrelevante Nutzungen durchgeführt haben, das mit Baukosten laut Kostenfeststellung in Höhe von mind. 10 Mio. Euro errichtet wurde (Vordruck 10 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1). Mit dem Abschluss des Projektes ist die Fertigstellung / der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

Die Referenz muss insbesondere Leistungen der Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe sowie Leistungen der Objektüberwachung und Bauablaufkoordination umfasst haben.

Besonders berücksichtigt werden Erfahrungen mit:

- Maßnahmen im Bestand oder im laufenden Betrieb
- abschnittswisen Umsetzungen oder Interimsmaßnahmen
- der Koordination sicherheitsrelevanter Betriebsabläufe
- technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen
- sowie engmaschigen Abstimmungs- und Koordinationsprozessen.

Der Bewerber hat darzustellen, wie die Koordination der Ausschreibungs-, Vergabe-, Bauablauf- und Überwachungsprozesse innerhalb des Generalplanungsansatzes organisatorisch sichergestellt wird.

Bieter und Bietergemeinschaften haben die Möglichkeit, die geforderten Referenzen für drei unterschiedliche Leistungen (Ziff. 13.3.2.1 bis 13.3.2.5) in einem Referenzauftrag zusammenzufassen.

#### **12.3.2.6 Mindestanforderung: Anzahl beschäftigter Berufsträger**

Bewerber haben (durch Eigenerklärung) anzugeben, dass sie über die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 10 Berufsträger (Architekten, Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of Engineering/of Arts (Inhaber und angestellte Mitarbeiter) beschäftigt haben (Vordruck 4 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1).



Die personellen Kapazitäten müssen eine kontinuierliche und leistungsfähige Projektbearbeitung über sämtliche Planungs-, Abstimmungs-, Ausschreibungs-, Bau- und Umsetzungsphasen gewährleisten. Mit dem Teilnahmeantrag sowie im Angebot (im Sinne einer Ausführungsbedingung) ist dies ausdrücklich zu bestätigen.

### **12.3.3 Mindestanforderung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit - Haftpflichtversicherung**

Bewerber haben zu erklären (Vordruck 3 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1) und nachzuweisen, dass Sie über eine Berufshaftpflichtversicherung in folgender Höhe verfügen:

Deckungssumme pro Versicherungsfall von mind. 5.000.000 Euro für Personenschäden und mind. 3.000.000 Euro für Sach- und Vermögensschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen (2 Versicherungsfälle pro Jahr).

Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Bestätigung des Versicherers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne gewährt werden wird. Die Bestätigung des Versicherers ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

### **12.4 Persönliche Lage des Bewerbers/Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und oder Handelsregister**

Handelt es sich bei den Bewerbern um eine juristische Person, OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft (auch als Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft), so ist dem Teilnahmeantrag ein Auszug aus dem Handels- oder Partnerschaftsregister oder vergleichbaren Registern des Herkunftslandes des Bewerbers beizufügen, der nicht älter als 12 Monate sein darf.

### **12.5 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

Bewerber und Mitglieder von Bewerbergemeinschaften haben zu erklären, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und 2 GWB und/oder § 124 Abs. 1 GWB vorliegen oder dass die Voraussetzungen einer Selbstreinigung gemäß § 125 GWB, erfüllt sind (Vordruck 2 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1).

### **12.6 Präqualifizierung**

Unternehmen, die in den Präqualifizierungsdatenbanken (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/> oder [www.pq-verein.de](http://www.pq-verein.de) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. durch

Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber Nachweise gefordert werden, die nicht in den vorgenannten Datenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Ansonsten kann das Unternehmen vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

### 12.7 Erklärung zu Russland-Bezug

Bewerber/Bewerbergemeinschaften müssen angeben, dass sie bzw. ihre Unterauftragnehmer/Lieferanten/Eignungsleiher keinen vergaberechtlich relevanten Bezug zu Russland aufweisen. Für diese Erklärung ist das Formular Eigenerklärung Sanktionspaket EU (Vordruck 12 des Formulars Teilnahmeantrag - Anlage A1) zu verwenden.

### 12.8 Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter

Liegen dem Auftraggeber mehr als fünf vollständige Teilnahmeanträge vor, welche die Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen, erfolgt die Auswahl der zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufzufordernden Bewerber anhand der nachfolgend beschriebenen Eignungskriterien und deren Gewichtung. Grundlage der Bewertung der Teilnahmeanträge sind die in der Bekanntmachung und diesen Verfahrenshinweisen mitgeteilten Eignungskriterien und deren Gewichtung.

Sofern in den Teilnahmeanträgen Erklärungen oder Angaben fehlen oder Angaben fehlerhaft sind, so werden diese mit 0 Punkten bewertet. Werden Angaben gemacht, die den Anforderungen für die Vergleichbarkeit für Referenzen nicht oder nur teilweise entsprechen, können diese ebenfalls mit 0 Punkten bewertet werden. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Informationen oder Nachweise zur Eignungsbewertung der Bewerber nachzufordern, sofern zulässig.

Die vorgelegten Referenzen werden hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit den Anforderungen des Projektes „Neubau Freiwillige Feuerwehr Gütersloh“ bewertet. Die Referenzbewertung wird mit insgesamt 80 % gewichtet.

Dabei wird insbesondere berücksichtigt, in welchem Maße Erfahrungen mit:

- Generalplanungsleistungen,
- Projekten im Bestand oder im laufenden Betrieb,
- technisch und organisatorisch komplexen Projektstrukturen,
- technisch komplexen Ausrüstungs- und Infrastrukturmaßnahmen,
- Feuerwehren, Rettungsdiensten, BOS- oder vergleichbaren sicherheitsrelevanten Nutzungen,
- abschnittswisen Umsetzungen oder Interimsmaßnahmen,
- Fördermittelverfahren,
- der Aufrechterhaltung betrieblicher Abläufe während Planung und Ausführung,
- sowie Koordinations- und Steuerungsleistungen

nachgewiesen werden.

Die Bewertung erfolgt anhand des bekannten Schulnotensystems. Dabei entspricht:

- 5 Punkte = sehr gut
- 4 Punkte = gut
- 3 Punkte = befriedigend
- 2 Punkte = ausreichend
- 1 Punkt = mangelhaft
- 0 Punkte = ungenügend.

Werden mehr Referenzen als gefordert eingereicht, wird jeweils die Referenz berücksichtigt, die im Hinblick auf die Anforderungen des ausgeschriebenen Projektes die höchste Bewertung erreicht. Die geforderten Referenzen für fünf verschiedene Leistungen (Ziff. 12.3.2.1 bis 12.3.2.5) werden insgesamt mit 80 % und jeweils gleich gewichtet (mit 16 % je Referenzleistung).

Aus den Einzelbewertungen der fünf Referenzleistungen wird ein Mittelwert gebildet. Dieser wird mit dem Faktor 80 (entsprechend der Gewichtung der Referenzbewertung von 80 %) multipliziert. Der maximal erreichbar gewichtete Punktwert aus der Bewertung der Referenzen ist 400 Punkte.

Im Hinblick auf die angegebene Zahl der qualifizierten Berufsträger gilt für die Bewertung, dass die maximale Punktzahl (5 Punkte) bei 20 Berufsträgern erreicht wird. Die weiteren absteigenden Punktzahlen (4 - 3 - 2 - 1 Punkt(e)) werden für eine Zahl von Berufsträgern zuerkannt, die den gleichmäßigen Abständen der durch 4 teilbaren Zahl von 20 Berufsträgern am nächsten kommt (16 - 12 - 8 - 4 Berufsträger). Eine geringere Zahl von Berufsträgern als 4 Berufsträger führt zu einer Bewertung mit 0 Punkten.

Der Punktwert der Bewertung wird mit dem Faktor 20 (entsprechend der Gewichtung dieses Kriteriums von 20 %) multipliziert. Der maximal erreichbar gewichtete Punktwert aus der Bewertung Zahl der qualifizierten Berufsträger ist 100 Punkte.

Die maximal erreichbare Punktzahl beider Eignungskriterien ist 500 Punkte. Sollte die Auswertung ergeben, dass auf mehrere Teilnahmeanträge dieselbe Punktzahl entfällt, so entscheidet das Los. Das Losverfahren wird dokumentiert.

## **12.9 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bewerber Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bewerber wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt auch für Bewerbergemeinschaften.

Teilnahmeanträge und Angebote von Bewerbern bzw. Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

## **13. Ausblick auf das Verhandlungsverfahren**

### **13.1 Formale Vorgaben Angebotsabgabe**

Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird der Auftraggeber den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern eine Zusammenstellung der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen und Erklärungen übersenden. Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter haben mit dem Erstangebot zwingend die geforderten Unterlagen und Erklärungen abzugeben und die genannten Anforderungen zu erfüllen.

Für das nach den Verhandlungsgesprächen auf weitere Aufforderung abzugebende verbindliche Angebot gilt dies entsprechend. Auch das verbindliche Angebot ist als vollständiges Angebot abzugeben. Ein sog. Differenzangebot mit Verweis auf das Erstangebot ist unzulässig und wird als nicht abgegeben bewertet. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, die allgemeine Vergabeunterlage zur Aufforderung der Abgabe des verbindlichen Angebotes anzupassen.

Im Übrigen wird hinsichtlich der formalen Anforderungen auf die beigefügte Anlage C4 (Hinweise Einreichung Interessensbestätigungen/ Teilnahmeanträge/ Angebote) verwiesen.

### **13.2 Erläuterung Vertrag**

Den Vergabeunterlagen zur Aufforderung eines Angebotes wird ein Vertragsentwurf beigefügt werden. Der Vertrag enthält grundsätzlich die vertraglichen Mindestvorgaben und stellt die Grundlagen der rechtlichen Beziehungen der Vertragsparteien klar. Er ist allerdings verhandelbar. Die Bieter werden aufgefordert werden, mit ihrem ersten Angebot eine Stellungnahme zum Vertragsentwurf vorzulegen und aus ihrer Sicht erforderliche Änderungen bzw. Ergänzungen zu benennen.

Das Erstangebot ist auf Grundlage der Vorgaben und Regelungen des Vertrages zu erstellen. Hält der Bieter einzelne vertragliche Vorgaben und Regelungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen

oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird er umgehend um einen entsprechenden Hinweis gebeten.

### **13.3 Bindefrist**

Die Bindefrist wird mit Aufforderung zur Abgabe des Erstangebotes vom Auftraggeber mitgeteilt werden. Der Bieter hat mit Abgabe des Erstangebotes zu erklären, dass er sich bis zum Ablauf der Frist an sein Angebot bindet.

### **13.4 Bewertung der Angebote**

Die Angebote werden auf der Grundlage der in der Bekanntmachung mitgeteilten Zuschlagskriterien bewertet. Eine Konkretisierung der Kriterien, deren Gewichtung sowie die Bewertungsmethodik werden den ausgewählten Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe erläutert.

Das wirtschaftlichste Angebot wird aus der Gesamtbewertung aller Zuschlagskriterien und deren jeweiligen Gewichtungen ermittelt.

Die qualitativen Zuschlagskriterien werden anhand der eingereichten Angebotsunterlagen sowie der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche angewandt. Die qualitativen Zuschlagskriterien betreffen insbesondere:

- die Qualifikation und Zusammensetzung des Projektteams,
- die Projektorganisation und Kommunikation,
- das Projektverständnis,
- den Umgang mit den Anforderungen des laufenden Feuerwehrbetriebes,
- die Herangehensweise an Bauphasen, Interimsmaßnahmen und Nutzerbelange,
- sowie die Kosten-, Termin- und Projektsteuerung.

Die Bewertung erfolgt anhand des bekannten Schulnotensystems. Dabei entspricht:

- 5 Punkte = sehr gut
- 4 Punkte = gut
- 3 Punkte = befriedigend
- 2 Punkte = ausreichend
- 1 Punkt = mangelhaft
- 0 Punkte = ungenügend.

Neben den qualitativen Wertungskriterien wird das Honorarangebot bewertet und mit der in der EU-Bekanntmachung mitgeteilten Gewichtung berücksichtigt. Auch hierfür gilt, dass die Bewertungsmethodik den ausgewählten Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe erläutert wird.

#### **14. Nachprüfungsverfahren / Rechtsbehelfsverfahren**

Zur Überprüfung des Vergabeverfahrens kann ein Nachprüfungsantrag bei der

Vergabekammer Westfalen

Albrecht Thaer-Straße 9

48147 Münster

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Fax: 0251 411-2165

gestellt werden, solange ein wirksamer Zuschlag noch nicht erteilt worden ist. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter schriftlich über den beabsichtigten Zuschlag informiert hat (§ 134 GWB). Den Bewerber/Bieter trifft folgende Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB:

*„Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:*

- 1. der Antragstelle den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

*Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.“*